

CORONA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS – TEIL 35 ODER 14.3 | VON JOCHEN MITSCHKA (PODCAST)

Posted on 8. April 2021

Majestätsbeleidigung oder notwendige Prüfung?

Ein Standpunkt **von Jochen Mitschka**.

In der Corona-Ausschusssitzung Nr. 14 vom September 2020 wird das Thema "*Der Rechtsstaat und die Berliner Demonstrationen*" (1) behandelt. Die Zusammenfassung setzt fort mit der die Aussage von Herrn Oberndorf.

Björn Lars Oberndorf

Der ehemalige Polizeikommissar Lars Oberndorf begann mit einem Zitat von Helmut Schmidt: "*Der Charakter zeigt sich in der Krise*". Er erklärte, auf eigenen Wunsch vor einigen Jahren aus dem Beamtenstatus ausgestiegen zu sein, und daraufhin Kriminologie und Polizeiwissenschaften, und später Politikwissenschaft studiert zu haben. Sein Schwerpunkt als Dozent und Referent sind Seminare zum Thema Demokratie stärken, Wertetraining usw.

Bis zur Coronakrise dachte er, dass die Gesellschaft aus der Aufklärung die wissenschaftlichen Grundsätze These, Antithese, Synthese mitgenommen hat. Aber er bedankte sich ironisch bei Frau Esken für die Erklärung, dass er kein Wissenschaftler, sondern Covidiot, Holocaustleugner, Antisemit usw. ist.

Er wuchs in einer linken Familie auf, und sein Großvater war im Konzentrationslager, weshalb er mit dem Grundsatz "*wehret den Anfängen*" aufwuchs, was nicht in Einklang mit "*alternativlos*" oder "*das darf man niemals hinterfragen*" stehe, erklärte er, bevor er zu den Vorgängen während den Demonstrationen in Berlin kam.

Er hatte die Demonstration am 29. August in Berlin beobachtet. Dann betonte er, dass viele noch nicht verstanden, was dort passierte, weil sie sich ausschließlich in den "Qualitätsmedien" informieren. Es gab einen angemeldeten und genehmigten Demonstrationsumzug, der vom Verwaltungsgericht und vom Oberverwaltungsgericht bestätigt wurde. Es gab keine Auflagen, Masken zu tragen, fuhr er fort. Diese Demonstration wäre durch "*eine eigene Machtvollkommenheit der (...) Berliner Polizei, gerade vertreten durch Herrn Innensenator Geisel, geblockt. D.h. die Exekutive hat sich bewusst über die Judikative hinweggesetzt, man hat bewusst Gerichtsurteile oder Beschlüsse negiert.*" Allein diese Situation wäre seiner Meinung nach schon ausreichender Grund für einen eigenen Untersuchungsausschuss.

Dann fügte er hinzu, was es bedeute, dass er überlegen muss, ob er als Demokrat vor dem Corona-

Ausschuss aussagen kann, weil das Konsequenzen für die berufliche Karriere haben könnte. Danach begann er seine Beobachtungen der Demonstration in Berlin zu erklären. Er berichtete, dass viel Polizeipräsenz zu beobachten war. Die Teilnehmer bestanden aus einem Querschnitt der Bevölkerung. Darunter hatten sich sicher auch "Rechte" gemischt, aber, so Oberndorf, auch für diese gelte Artikel 8 des Grundgesetzes, Versammlungsfreiheit.

Die Stimmung wäre friedlich bis ausgelassen gewesen. Nur vor der US- bzw. russischen Botschaft hatte sich die Stimmung etwas verändert. Weil dort handelte es sich um andere Themen als Corona. Überhaupt, so stellte er fest, vermischten sich eine Vielzahl von Versammlungen zu unterschiedlichen Themen an dem Tag in Berlin. *"Es war nicht alles Querdenken 711, auch wenn das oft in einen Pott geworfen wird"*.

Dann hatte er sich gewundert, warum es nicht losging. Teilnehmer, auch auf den LKWs waren nicht informiert, die Funkverbindungen waren gestört, und man bat ihn, nach vorne zum Zugang zu gehen, um nachzuschauen, warum der Zug nicht startet.

Er bemühte sich dann, so der Bericht weiter, zum Anfang des Demonstrationzuges zu kommen, aber schon ab der Friedrichstraße wäre kein Durchkommen mehr möglich gewesen. Dort gab es eine Engstelle. Die Auflage für die Demonstration lautete, die Abstände einzuhalten. Allerdings waren die Seitenstraßen durch die Polizei gesperrt, so dass die Demonstranten nicht ausweichen konnten.

Oberndorf berichtete dann weiter, dass er es trotzdem an einer Stelle geschafft hatte, den Demonstrationzug zu verlassen. Durch eine Umgehung der Polizeikette gelangte er dann fast zum Beginn des Demonstrationzuges.

"Als ich dann durch die Tucholsky-Straße komme und mich über die Torstraße der Polizeiabsperrung genähert habe, stand ungefähr 150 Meter entfernt (...) stand fast die komplette Berliner Polizeiführung, ungeschützt (...)" Das wäre interessant gewesen, weil Berlin angeblich voller gewaltbereiter Demonstranten war. Die Polizei hatte von hinten weiter zuströmen lassen, während die Seitenstraßen gesperrt wurden, und diese Befehle hatte er selbst bei den Einsatzkräften über Funk gehört. Gleichzeitig waren vorne die Menschen gehindert worden, loszulaufen, was logischerweise zu einem Stau führte, und dazu, dass die Abstände nicht mehr eingehalten werden konnten.

Es wäre offensichtlich, dass dadurch ein Grund geschaffen werden sollte, um eine Möglichkeit zu erhalten, die Kundgebung aufzulösen.

Er berichtete dann, wie er an der Führung der Polizei vorbeigegangen war, die guter Stimmung war, und zusammen standen wie bei einem "Kaffeepausch". Das wäre interessant gewesen, denn in den mit Vorsicht zu genießenden Einsatzbefehlen der Berliner Polizei wäre vor Gewalt gewarnt, und wären die Beamten zur Eigensicherung ermahnt worden, darin stand auch, dass zum bewaffneten Widerstand aufgerufen worden wäre.

Er berichtete dann, wie er zur Polizeiabspernung ging und versuchte mit verschiedenen Polizeikräften zu sprechen. Aber das war praktisch unmöglich. Der Eindruck entstand, dass sich nichts mehr bewegen SOLLTE. Für ihn als Polizeiwissenschaftler und ehemaligen Polizeibeamten schien es so, dass diese Sperre nicht dazu da war, etwas zu organisieren oder strukturieren, denn die Maßnahmen waren dazu nicht angelegt. Seiner Meinung nach war die Abspernung von Anfang an so geplant gewesen, dass es dort nie weitergehen sollte.

Außerdem könne man vermuten, dass beabsichtigt war, bestimmte Bilder zu provozieren, die aber nicht zustande kamen. Obwohl die Menschen dort stundenlang verharren mussten, von denen einige kollabierten, wollten sie einfach nicht aggressiv werden.

"Wir haben einen Rechtsstaat, wir haben eine Demokratie, dass die Polizei, wie damals beim Hamburger Kessel, (...) Hunderttausende (...) über Stunden einkesselt, um gegebenenfalls vermutlich, bestimmte Bilder zu provozieren, das ist, finde ich, juristisch laienhaft ausgedrückt ein Skandal."

Die Polizeibeamten, mit denen es gelang zu reden, wären respektvoll gewesen und hätten sich auf ein Gespräch eingelassen. *"Aber sie kannten viele Rechtsgrundlagen nicht."* Über bestimmte Paragraphen des Beamtenstatusgesetz wurde keine Diskussion zugelassen.

Durch Einblick in die Einsatzbefehle der Polizei konnte man den Eindruck gewinnen, dass eine bestimmte Stimmung erzeugt werden sollte, die wissenschaftlich nicht haltbar gewesen wäre. Die eingesetzten Kräfte, die im Durchschnitt sehr jung waren, sollten wohl indoktriniert werden.

Er berichtete dann, dass zwei Wasserwerfer an einer Stelle zu beobachten waren, die, wären sie an dieser Stelle eingesetzt worden, zu einer massiven Fremd- und Eigengefährdung geführt hätten. Unter anderem, weil dort viele Läden mit großen Glasfronten gewesen wären. Außerdem waren dort in keiner Weise ausreichende Polizeikräfte, um die Wasserwerfer zu schützen. Auch dies erschien seltsam, weil man ja angeblich mit gewaltbereiten Demonstranten gerechnet hatte, welche die Demokratie abschaffen wollten.

Dann wäre es am frühen Nachmittag, nach seiner Meinung, zu nicht verhältnismäßigem

körperlichen Zwang durch die Polizei gekommen, als Demonstranten, die außerhalb der Absperrung darauf warteten, dass es losging, entfernt wurden. Trotzdem waren die Demonstranten friedlich geblieben, hatten keine Gewalt gegen Polizisten eingesetzt.

Oberndorf wäre dann sehr überrascht gewesen, in Qualitätsmedien am nächsten Tag zu lesen, dass genau an der Stelle, an der er dies beobachtet hatte, angeblich Steine und Glasflaschen durch die Demonstranten geworfen wurden. Diese Behauptungen wären eindeutig eine Lüge.

Die Stimmung hätte sich dann ein bisschen aufgeschaukelt, weil die Polizei "*recht rabiat*" gegen die Demonstranten vorging, die dort außerhalb des Kessels standen.

Als die Demonstration dann aufgelöst wurde, so der Bericht, ging Oberndorf dann den gesamten Weg zurück. Dabei fiel ihm auf, dass die Polizei alles versuchte, um den Demonstranten das Leben möglichst schwer zu machen. Dabei bezog er sich nicht auf von der Polizei eingeschlagenen Scheiben eines LKWs, da er das nicht selbst beobachtet hatte.

"Die ganzen Fahrzeuge (...) die dann irgendwie da raus mussten, wurden von der Polizei alle gestoppt und mussten erst mal verkehrssicher gemacht werden, weil es kein Demonstrationzug mehr war. Das ist (...) verkehrstechnisch alles richtig, aber die Form und Weise, in welchem Ton, und in welchem eskalierenden Verhalten mit den Leuten umgegangen wurde, nicht durch alle, aber durch einige der eingesetzten Kräfte, ist eigentlich nicht akzeptabel."

Beim Weitergehen stieß er dann auf eine andere Polizeikette. Man kam, obwohl die Demonstration aufgelöst war, nicht mehr aus dem Bereich heraus, erzählte er. Auch nach einer versuchten Diskussion mit der Polizei hätte die keine der ehemaligen Demonstranten durchgelassen. Als die Polizeikräfte dann zur russischen Botschaft gerufen wurden, und dabei "*robust*" ihren Weg frei machten, konnte man endlich weiter gehen.

Er wies dann darauf hin, dass trotz sehr hoher Polizeipräsenz der Weg zum Reichstag frei gewesen wäre.

Er konnte dann bis zur Siegestsäule durchlaufen. Dabei hatte er gefilmt, wie die Menschen alles getan hatten, um die Abstände einzuhalten. Auf der Straße des 17. Juni hätte das auch gut funktioniert. Dann zählte er viele Straßen, Bereiche und Plätze auf, die rund um die Siegestsäule voll mit Menschen waren.

Er wüsste zwar nicht wie viele Menschen es waren, aber es wären definitiv mehr gewesen als bei der vorhergehenden Demonstration. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass vier

Mitglieder des Bundesverbandes kritischer Polizeibeamter als Beobachter unterwegs gewesen wären. Diese gingen von mehreren hunderttausend Menschen aus.

Er erwähnte dann eine Formel, mit der man die Anzahl der Personen berechnen kann. Polizisten, die in zivil an der Kundgebung teilnahmen, die er kannte, gingen davon aus, dass sich im ganzen Stadtbereich am 29.8. bis zu 2 Millionen Menschen in Berlin aufgehalten hatten. Die offizielle Zahl von 40.000 wäre lächerlich.

Im Vorfeld wäre alles unternommen worden, um die Kundgebung zu unterbinden und die Teilnehmer zu diffamieren und zu beleidigen. Das hätte natürlich dazu geführt, dass viele Menschen, die ursprünglich teilnehmen wollten, dann doch nicht gekommen wären.

Viele Busse der Organisation Honk for Hope, und die Busfahrer, wären an den Abfahrorten durch die Polizei kontrolliert worden, die Personalien wären aufgenommen worden, die Menschen mussten die Busse verlassen. Honk for Hope war von der Polizei aufgefordert worden, die Daten der Menschen bekannt zu geben. Das wäre in einem Rechtsstaat doch mehr als besorgniserregend.

Dr. Füllmich ergänzte dann, dass in einem Bus hinter der Siegessäule Robert Kennedy gewesen wäre, zusätzlich zu 37 Rechtsanwälten in dem Gebiet. Letztere hätten immer wieder versucht mit den Polizisten zu reden. Es wäre für alle offensichtlich gewesen, dass alles getan wurde, *"um eine Situation herbeizuführen, die man als Polizei benutzen konnte, um die Kundgebung aufzulösen."*

Es wäre dann dazu gekommen, dass Robert Kennedy aus dem Bus stieg, und einigen der Polizisten die Hand gab. Nur dadurch wäre es nicht zu einer Auflösung an dieser Stelle gekommen. Die Rednerliste wurde dann umgestellt, und Robert Kennedy sprach als erster, weil man erkennen konnte, dass die Polizei keine Bilder produzieren wollte, die zeigten, wie Robert Kennedy von der Bühne geräumt wird.

Der RA Ralf Ludwig erklärte dann, dass dieser Teil der Veranstaltung zehn mal vor der Auflösung gestanden hätte. So oft hatte ein Kontaktbeamter vor Ort erklärt *"jetzt wird aufgelöst"*. Da hätte einerseits die Aktion mit Kennedy geholfen, die Auflösung zu verhindern, andererseits hat man gesehen, wie die Rechtsanwälte die Menschen eindringlich mit Megafonen auf die Einhaltung der Abstände aufgefordert hatten.

Lars Oberndorf wies dann darauf hin, dass nach seiner Kenntnis viele Polizeibeamte sich Gedanken machen würden. Sie wären irritiert und verunsichert. *"Jeder Beamte, ob beim Gesundheitsamt, ob bei der Ausländerbehörde, ob bei der Polizei, trägt diese Situation momentan mit. Jeder verbeamtete Lehrer,*

jeder verbeamtete Arzt. (...) Ich möchte nachher nicht die Sprüche hören, wenn das Ganze hoffentlich aufgearbeitet wird, 'ich habe nur Befehle befolgt'."

Nach Paragraf 33 des Beamtenstatusgesetzes sind Beamte zur Neutralität verpflichtet. Beamte dienen nicht einer Partei, sondern *"dem gesamten deutschen Volke"*. Nach Paragraf 36 sind die Beamten für die Rechtmäßigkeit ihrer Maßnahmen auch persönlich haftbar zu machen. Sie müssen remonstrieren, um sich davor zu schützen.

Jeder, der jetzt als Beamter nichts mache, nicht aufstehen würde, der mache sich zumindest aus moralischer Sicht schuldig. *"Die offiziellen Zahlen unserer Seuchenschutzbehörde (...) geben diese Grundrechtseingriffe nicht her."*

Jeder Beamte müsse sich die Frage stellen, ob der Eingriff in Schutzbereiche der Grundrechte rechtmäßig sind, indem er einfach prüft: Ist das legitim, d.h. gibt es dafür eine Rechtsgrundlage, ist das Ganze erforderlich, geeignet, ist es auch das im Verhältnis mildeste Mittel. Dann solle man dies anhand der RKI Zahlen bewerten.

Dr. Wodarg wies darauf hin, dass er auch 13 Jahre Beamter gewesen wäre, nämlich leitender Medizinaldirektor eines Gesundheitsamtes. Er hätte in dieser Zeit zwei Disziplinarverfahren erlebt. Weil er Dinge machen sollte, die er als Arzt nicht vertreten konnte. Beide Verfahren hatte er aber gewonnen. Jeder Amtsarzt wäre gut ausgebildet und müsse selbst Entscheidungen fällen, könne sich nicht auf den Leiter des Robert Koch-Institutes berufen. Jeder Amtsarzt müsse wissenschaftlich begründen können, warum er Einschränkungen der Grundrechte bei einer Person oder einer Gruppe vornimmt. Er könne sich nicht einfach auf *"Befehle"* oder Verordnungen berufen.

Er hielt ein Plädoyer für die Verantwortlichkeit der Amtsärzte, bei denen er Gehorsam sehen würde, aber keine wirkliche Übernahme von Verantwortung. Dabei würden sie vor jedem Disziplinargericht Recht bekommen, wenn sie sich wirklich um die Gesundheit der Menschen bemühen würden und Einschränkungen der Rechte durch medizinische Anordnungen nur auf ihrer Erfahrung und wissenschaftlicher Grundlage basieren lassen.

Dr. Wodarg erwähnte E-Mails von Mitarbeitern verschiedener Gesundheitsämter, die beklagen, dass sie nicht mehr mit ansehen könnten, welche unsinnigen Arbeiten sie verrichten müssen, und er äußerte seine Enttäuschung über das fehlende Rückgrat der Amtsärzte.

Viviane Fischer erklärte, auf der anderen Seite der Demos gewesen zu sein, und dort Aufnahmen gemacht zu haben. Auch dort waren alle Demonstranten friedlich geblieben, obwohl nicht

einzu sehen war, warum die Polizei die Absperrung nicht öffnete. Durch die Weigerung, die Absperrung zu öffnen wurde das Gedränge immer größer.

Hätte die Polizei die Absperrung geöffnet, damit die Demonstranten auf den angemeldeten und genehmigten Weg gehen konnten, hätte sich sofort eine Entzerrung ergeben, und die Abstände wären wieder eingehalten worden.

Sie berichtete dann eine Situation, die sie selbst nicht gesehen hatte, die aber, wie ein Anwaltskollege ihr erklärt hatte, unmittelbar vor ihrem Eintreffen passiert war. Dabei waren einem LKW durch Polizisten die Scheiben aus unerklärlichen Gründen eingeschlagen worden. Sie beobachtet dann wie Polizisten vor dem LKW standen, während die Demonstranten riefen "*Wir sind friedlich, was seid ihr?*".

Sie bestätigte dann auch, dass während überall Polizisten zu sehen waren, der Reichstag vollkommen ungeschützt von Polizei war, obwohl ja rechte Gruppierungen einen "*Sturm auf den Reichstag*" angekündigt hatten. Nachdem sie am Reichstag vorbei gekommen war, sah sie eine separate Gruppe mit Kaiserreichsflaggen, die ihr entgegen kam, anscheinend auf dem Weg zum Reichstag.

Entgegen anderen Demonstrationen hatte Frau Fischer keine "*schwarzen Blöcke*" gesehen, sondern eine bunte Mischung, die gut gelaunt schien, und keinerlei Anzeichen von Gewalt verbreitete.

Herr Oberndorf wiederholte noch einmal, dass am 1.8.2020 eine genehmigte und angemeldete Kundgebung, die komplett friedlich war, auf Grund einer Verordnung wegen der Abstände aufgelöst worden war, "*aufgrund eines Virus, der wissenschaftlich ja sehr (...) gut beschrieben ist, was die Gefährdung angeht. (...) Und am 29.8. wurden hunderttausende von Menschen eingekesselt, auf Grund der gleichen Begründung, die man selber provoziert hat.*" Er fragte sich, was er die letzten Jahre mit seiner Ausbildung der Polizeibeamten in Verfassungslehre, Staatsbürgerkunde usw. erreicht hatte, wenn so etwas passieren konnte.

Dann kam er zum "*Sturm auf den Reichstag*". Er verurteile natürlich das Steigen auf die Treppen des Gebäudes. Aber das Gleiche wäre durch Greenpeace und die AKW-Bewegung passiert. Ebenso verurteile er das Klettern auf den Reichstag durch Greenpeace oder das Stürmen des Plenarsaales durch Extinction Rebellion. Insofern wies er darauf hin, dass der Reichstag schon des Öfteren für eine politische Meinungsäußerung missbraucht wurde.

Er erklärte dann, dass eine bestimmte Gruppe eine Kundgebung vor dem Reichstag angemeldet

hatte, und dass diese genehmigt wurde. *"Die Polizei stand auf der Reichstagswiese, ca. 10 bis 15 Beamte, die haben genau gehört, was auf der Bühne gesagt wurde, auch was Tamara K gesagt hatte. Ich selber habe die Leute getroffen, die in gelben Westen und mit Mikrofon durch die Mengen gegangen sind, (...) und die Menschen aufgefordert haben, zum Reichstag zu gehen."* Jeder hatte sich denken können, dass sich dort am Reichstag etwas zusammenbraute.

Jeder Polizeischüler hätte begreifen müssen, dass hier bewusst etwas inszeniert werden sollte. Der Reichstag wäre nicht irgendein Gebäude. Und nicht irgendwer schütze es. Hinter der Kundgebung waren aber auf dem Treppenabsatz nur drei Polizisten. Für ihn als ehemaliger Polizist und als Polizeiwissenschaftler wirke es so, als ob man es zumindest billigend in Kauf genommen hätte, was dann passierte. Man wisse, dass viele verdeckte Ermittler im Einsatz waren, aber nicht, wie viele V-Leute dort nun wirklich anwesend waren.

Es gab auf Gebäuden Personen, die das Ganze genau gefilmt hatten. In der Nähe standen Einsatzhundertschaften auch mit Hunden. *"Wenn ich jetzt ein so genannter Verschwörungstheoretiker wäre, (...) dann würde ich sagen, das Ganze war eine geplante Aktion, nicht unbedingt von den Leuten, die da waren, die sind teilweise instrumentalisiert worden, aber zumindest dass genau die Bilder produziert werden können, die man haben wollte, um die Gesamtmasse an friedlichen Demonstranten (...) zu diskreditieren."*

Er wies darauf hin, dass die Türen des Reichstags schwer sind und nicht leicht zu öffnen. Keiner der Demonstranten hätte aber wirklich die Absicht gehabt, den Reichstag zu stürmen. Das hätte auch niemand von ihnen gefordert. Es wurde immer nur davon gesprochen, auf die Treppe zu gehen und ein Selfie zu machen. Natürlich müsse man das ablehnen, aber auch die Aufregung darüber relativieren.

Jedenfalls hat *"man"* in den Medien nun die gewünschten Bilder der Kaiserreichflagge auf den Treppen zum Reichstag. Dass die Menschen friedlich waren, und die Polizei seiner Meinung nach teilweise unverhältnismäßige Gewalt eingesetzt hatte, zum Beispiel mit Pfefferspray gegen Menschenmassen, in denen auch Kinder und ältere Menschen waren, oder der Einsatz des *"Mehrzweckstockes"*, wurde nicht erwähnt.

"Es war meiner Meinung nach zumindest eine zugelassene Aktion, bei der man beide Augen zugedrückt hat, und erst eingeschritten hat, als man genau die Bilder, die man haben wollte, hatte."

Dann kam er zu der Aussage, dass wenn sich die Exekutive in eigener Machtvollkommenheit über die Judikative hinwegsetzt, welche das Demonstrationsverbot gekippt hatte, dann hätte die

Demokratie ein echtes Problem.

Viviane Fischer wies dann darauf hin, dass kurz darauf ein Spiel veröffentlicht worden wäre "*Verteidigung des Reichstages*". Das wäre von Computerspezialisten analysiert worden, die dabei festgestellt hatten, dass das Spiel sehr aufwendig produziert wurde. Noch ein sehr brutales Spiel, finanziert von ARD und ZDF. Es wäre erstaunlich, dass das Spiel in der Kürze der Zeit in dieser Professionalität hatte erstellt werden können.

Herr Oberndorf sprach dann noch über das Spiel "*Reichstagsdefender*" und "*Play Coronaworld*", finanziert aus Gebühren des öffentlichen Rundfunks. "*Ich bin sprachlos. Es kann doch nicht sein, dass ARD und ZDF (...) ein Spiel rausbringen, Coronaworld, was meiner Meinung nach (...) geprüft werden müsste, ob es nicht die Tatbestandsmerkmale der Volksverhetzung 130 StGB erfüllt.*"

Man müsse sich vorstellen, man spielt eine Krankenschwester, die nach Hause geht, und müsse Kinder und Erwachsene "*desinfizieren*". Dann würden Menschen dargestellt, die mit Stahlhelm im Keller sitzen würden, die auch desinfiziert werden müssen. Das Spiel Reichstagsdefender wäre dann auch noch herausgebracht worden, ein Spiel, in dem man Demonstranten, welche die Treppe des Reichstages stürmen, als Amtsträger wegtreten muss. Und das immer im Wechsel mit Kaiserreich- und Bundesflagge.

Dass dieses Entmenschlichen von Andersdenkenden gerade unter einer GroKo und in Berlin unter einer Rot-Rot-Grünen Regierung, möglich ist, führe ihn dazu, über Vieles nachzudenken, an was er bisher geglaubt hatte.

Dr. Wodarg wies darauf hin, dass es zu einer politischen Taktik geworden wäre, Themen, die man auf keinen Fall diskutieren will, durch eine kleine Gruppe von höchst unbeliebten Politikvertretern vortragen zu lassen. Dadurch wäre das Thema oder die Idee gestorben, und das Ziel erreicht, dass nicht darüber diskutiert wird.

Wie es weiter geht

In der nächsten Zusammenfassung wird über die Corona-Ausschuss-Sitzung Nr. 15 "*Hypnose, Rituale, Angst und Wege raus aus der Traumkrise*" beschrieben.

Quellen:

1. <https://youtu.be/8uXavZd5uco>

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung

+++

Bildquelle: ©OvalMedia

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

KenFM jetzt auch als kostenlose App für Android- und iOS-Geräte verfügbar! Über unsere Homepage kommt Ihr zu den Stores von Apple und Google. Hier der Link: <https://kenfm.de/kenfm-app/>

+++

*Abonniere jetzt den **KenFM-Newsletter**: <https://kenfm.de/newsletter/>*

+++

Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.



Bitcoin-Account: <https://commerce.coinbase.com/checkout/1edba334-ba63-4a88-bfc3-d6a3071efcc8>

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu weiteren Unterstützungsmöglichkeiten findest Du hier:
<https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>